

# JÖRG ROESLER

## Der Relativlohn.

Jürgen Kuczynskis Instrument  
zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen

Was Jürgen Kuczynski in der DDR für ein breites Publikum populär machte, war seine generelle Gesellschaftskritik, ob nun auf den Sozialismus bzw. die DDR bezogen oder auf den Kapitalismus.

Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen stand jedoch ein anderes Thema: Die Lage der arbeitenden Klasse unter dem Kapitalismus. Dazu hat er zwischen Ende der zwanziger Jahre und Beginn der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, also über einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren, immer wieder geforscht und publiziert (Weiteres dazu siehe in: Ökonomenlexikon, 278). Diese Forschungen bildeten auch die entscheidende Begründung bei der Nominierung Jürgen Kuczynskis für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften Ende der achtziger Jahre.<sup>1</sup>

Die erste mehrbändige Ausgabe »A Short History of Labour Conditions Under Industrial Capitalism« begann Jürgen Kuczynski 1940 im Londoner Exil zu schreiben. Zwischen 1942 und 1946 veröffentlichte er vier Bände. Die letzte mehrbändige Ausgabe erschien zwischen 1960 und 1972 in der DDR und umfasste insgesamt vierzig Bände.<sup>2</sup>

Die mehrbändigen Ausgaben hatten Vorläufer. Am Anfang stand ein Buch, das er zusammen mit seiner Frau Marguerite 1929 in den Vereinigten Staaten als Angestellter bei der *American Federation of Labour* (AFL) geschrieben hatte. Die »erste kritische historisch-statistische Darstellung der Lage der amerikanischen Arbeiter«<sup>3</sup> erschien 1930 auf Deutsch unter dem Titel »Der Fabrikarbeiter in der amerikanischen Wirtschaft« in Leipzig.

Bei der Analyse bediente sich Kuczynski des vorgefundenen Instrumentariums zur Einschätzung der Lage der Arbeiter und entwickelte es wesentlich weiter. Am besten lässt sich die Vertiefung des Kategoriengehalts am Beispiel des Reallohnes erläutern. Die Kopplung des Nominallohnes an die Kaufkraftentwicklung wurde in den zwanziger Jahren bei Lohnkämpfen zu einer von den Umständen diktierten Notwendigkeit. Mit der Aufhebung des vor dem Ersten Weltkrieg international akzeptierten Goldstandards war nationalen Inflationen Tür und Tor geöffnet, auch deren Nutzung durch Staat und Unternehmerschaft, um erkämpfte Lohnerhöhungen »hinterherum« wieder rückgängig zu machen. Ganz aus diesen historischen Zusammenhängen heraus erklärte Meyers Lexikon in seiner 7. Ausgabe (1927) den Reallohn lediglich als Berechnungsvorgabe im Tarifstreit: »Angestrebt wird die Festsetzung des Geldlohnes so, dass der Arbeitnehmer sich dafür stets die gleiche Menge kaufen kann«.<sup>4</sup>

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: »DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich«, Heft 164 (Juni 2004), S. 485-493.  
Foto: privat

Der hier abgedruckte Text folgt einem Vortrag, den der Verfasser auf dem Kolloquium »Jürgen Kuczynski (1904-1997) zum 100. Geburtstag« am 16. November 2004 in Berlin gehalten hat. »UTOPIE kreativ« setzt mit dem Roesler-Beitrag und dem ebenfalls in diesem Heft abgedruckten Bericht von Wolfgang Girnus die Dokumentierung dieses Kolloquiums fort, nachdem in Heft 171 (Januar 2005) die Beiträge von Mario Keßler und Günter Kröber veröffentlicht worden sind.

1 Vgl. Günther Kröber: Jürgen Kuczynski und der Nobelpreis, in: UTOPIE kreativ, Heft 171 (Januar 2005), S. 50 ff.

2 1946/47 veröffentlichte Jürgen Kuczynski als erste Ausgabe in der späteren DDR »Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart« in zwei Bänden.

3 Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973, S. 174.

4 Meyers Lexikon, 7. Auflage, 7. Band, Leipzig 1927, S. 1130.

5 Jürgen Kuczynski: Memoiren, a. a. O., S. 124. Dem zitierten Satz geht die Anmerkung voraus: »Bekanntlich war Marx nach einmaliger Erwähnung nie wieder auf die Idee der relativen Löhne, wie er sie nannte, zurückgekommen« (S. 124).

6 Vgl. Jürgen Kuczynski: Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Berlin 1964, S. 160.

7 Jürgen Kuczynski: Memoiren, a. a. O., S. 157-161.

Kuczynski ging vom Bruttorealloon, genau genommen vom Bruttorealariflohn, aus und entwickelte ihn als Instrument der Einschätzung der materiellen Lage der Arbeiter weiter. Er arbeitete mit Nettoreallöhnen, Realwochenlöhnen, dem Reallohn für beschäftigte Arbeiter (wobei er die Zahl der Arbeitslosen und die Entwicklung ihrer Einkommen bei der Berechnung der Reallöhne berücksichtigte) und so weiter.

Bedeutete die Einführung und Anwendung verschiedener Reallohnkategorien eine Verfeinerung des Messinstrumentariums und erlaubte sie eine konkretere Beschreibung der Einkommenssituation und Lebensbedingungen der Arbeiter, so hatte es mit dem Relativlohn seine eigene Bewandnis.

Mit ihm setzte Jürgen Kuczynski die Verdienste der Arbeiter, der ausgebeuteten Klasse, und das Einkommen der Eigentümer der Produktionsmittel, anteilmäßig vor allem die Einkommen der ausbeutenden Klasse, ins Verhältnis. Mit Hilfe des Relativlohnes wurde feststellbar, in welchen Proportionen der Anteil beider Grundklassen im Kapitalismus am neugeschaffenen gesellschaftlichen Reichtum aufgeteilt war. Mit dem Relativlohnindex konnte erstmals darüber Auskunft gegeben werden, wie sich diese Proportionen mittel- und langfristig verändern.

Im Unterschied zum Reallohn, den Jürgen Kuczynski vorfand und zum Instrument der Marxschen Theorie der Verelendung im Kapitalismus weiterentwickelte, war der Relativlohn seine Schöpfung bzw. – nach Kuczynskis Worten – seine Wiederentdeckung einer Marxschen Kategorie. Für Jürgen Kuczynski wurde nach eigenem Bekenntnis »diese Idee zum Ausgangspunkt einer vierzigjährigen Beschäftigung mit den Problemen der Lage der Arbeiter«.<sup>5</sup>

Die Berechnungsmethoden machte er erstmals ausführlich in dem 1939 erschienenen Buch »The Condition of the Worker in Great Britain, Germany and the Soviet Union 1932-1938« publik, das 1939 in London erschien.<sup>6</sup> Die Überlegungen Jürgen Kuczynskis zum Relativlohn reichen jedoch weiter zurück – bis ins Jahr 1926. Erste praktische Berechnungen unternahm er ein Jahr darauf während seiner Tätigkeit bei der *American Federation of Labour*.<sup>7</sup> Jürgen Kuczynski stellte die (indexierte) Entwicklung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten dem Einkommen aller anderen Schichten gegenüber, setzte deren Einnahmen gleich 100 und gewann so den Relativlohnindex, der Auskunft darüber gab, ob die Einkommen der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu denen der Nichtlohnempfänger gleich geblieben, gestiegen oder gesunken waren.

Die Aussagefähigkeit des von Jürgen Kuczynski entdeckten Relativlohns war bis zu einem gewissen Grade begrenzt. Er blieb mit einer Reihe von Unzulänglichkeiten behaftet, die Jürgen Kuczynski auch offen darlegte. Die Mängel waren nicht theoretischer, sondern praktischer Art. Wie die Reallöhne konnte Jürgen Kuczynski auch die Relativlohnindizes nur aus den ihm zur Verfügung stehenden Erhebungen der offiziellen Statistik der kapitalistischen Staaten herausrechnen, die sich selbstverständlich nicht die Aufgabe stellte, zahlenmäßige Grundlagen für die Klassenanalyse zu liefern. Kuczynski hat die dadurch erschwerte Ausgangsposition beschrieben. Es sei an dieser Stelle daraus zitiert, weil sie Einblick in das Heran-

gehen des marxistischen Wissenschaftlers an »bürgerliches« Quellenmaterial mit dem Ziel der Vertiefung der marxistischen Sozialanalyse gewährt.

»Die (...) Aufgabe wäre (...) eine Gegenüberstellung des Einkommens der Arbeiter und der Monopolkapitalisten. Aber bedauerlicherweise haben wir nicht genügend gutes Material, um eine solche Untersuchung zu machen. Doch ist es möglich, ungefähr ein Bild der vergleichswisen Entwicklung der Löhne und Gehälter auf der einen Seite und allen anderen Einkommen auf der anderen Seite zu geben. Man wird einwenden, das sei ein recht unbefriedigender Weg, Relativlöhne zu berechnen, da die Nichtarbeiter und -angestellten ja eben nicht nur die Großverdiener, sondern auch Bauern und Handwerker usw. mit einschließen. Wenn wir dann auch noch berücksichtigen, dass unsere Lohnzahlen alles andere als erstklassig sind, dann könnte man sehr wohl solche Berechnungen besser unterlassen wollen. Doch sind die Resultate so außerordentlich und gerade in eine Richtung verlaufend, die der der Fehler entgegen gesetzt ist, dass es durchaus berechtigt erscheint, sie (...) zu veröffentlichen.«<sup>8</sup>

Der Relativlohn gewann seinen Platz im Instrumentarium zur Ermittlung der Lage der Arbeiter mittels statistischer Daten durch Kuczynski und über ihn hinaus. Er hatte in den Analysen der ostdeutschen Ökonomen und natürlich auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Nachschlagewerken der DDR seinen festen Platz. Im »Ökonomischen Lexikon« (Ausgabe 1970) wurde der Relativlohn z. B. definiert als »Ausdruck, der den Lohn der Arbeiter bzw. die Höhe des variablen Kapitals in Relation zur Masse des Mehrwertes der Kapitalisten setzt«.<sup>9</sup> Im 1989 in der DDR erschienenen »Ökonomenlexikon« wurde explizit die Entdeckung des Relativlohnes durch Jürgen Kuczynski gewürdigt. »Die Berechnung von Relativlöhnen hatte große politische Bedeutung in der Agitation und Propaganda über die Ausbeutung und die Lage der Arbeiter«, schrieb Werner Krause, damals Professor am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der DDR, in der Jürgen Kuczynski gewidmeten Rubrik.<sup>10</sup>

Die etwa zur gleichen Zeit (1990) erschienene 3. Ausgabe des führenden Wirtschaftslexikons der Bundesrepublik, »Gablers Volkswirtschaftslexikon«, kennt den Begriff Relativlohn dagegen nicht. Verwundert hat das Jürgen Kuczynski sicher nicht, und auch wir können nachvollziehen, dass man sich in jedem kapitalistischen Land gegen die Propagierung eines derartigen Instruments der Bloßlegung von Verarmung bzw. Bereicherung von Gesellschaftsklassen instinktiv gewehrt hat und auch heute noch wehrt.<sup>11</sup>

Das Problem für westdeutsche bzw. westliche Ökonomen besteht jedoch darin, dass der Relativlohn zwar eine scharfe Waffe der Kapitalismuskritik ist, aber keineswegs ein Konstrukt, sondern die ziffernmäßige Widerspiegelung der Entwicklung realer (Einkommens-) Verhältnisse, über die mehr zu erfahren zumindest von einer Seite – der der Arbeiter und Angestellten – ein originäres Interesse bestehen musste. So fand dann ein dem Relativlohn annähernd entsprechender Begriff, die »Lohnquote«, Eingang in die ökonomischen Lexika der Bundesrepublik, definiert als Verhältnis von Lohneinkommen und Volkseinkommen.<sup>12</sup>

8 Jürgen Kuczynski: Geschichte..., a. a. O., 1964, S. 175-176.

9 Ökonomisches Lexikon, Bd. 2, L-Z, Leipzig 1970, S. 554.

10 Werner Krause, Karl-Heinz Graupner, Rolf Sieber: Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 278-279.

11 Vgl. die 14. Auflage von Gablers Wirtschaftslexikon, 1997 erschienen.

12 Gablers Wirtschaftslexikon, (14. Auflage) Wiesbaden 1997, S. 2491.

13 Angegeben sind lediglich Reallöhne im produzierenden Gewerbe. Die Angaben für 1990-2000 beschränken sich auf Westdeutschland. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2002, S. 345.

14 Ebenda, S. 250.

15 Alle folgenden Zahlenangaben beziehen sich auf das Bruttoeinkommen bzw. Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit bzw. Vermögen. Die Daten sind, soweit nicht anders angegeben, einem internen Arbeitsmaterial des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung entnommen: Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 – Band West –, Bonn 1999, S. 45-48.

16 Alle Angaben für die Reallohnentwicklung in: Ebenda, S. 51. Es handelt sich um Nettoealverdienste in Preisen von 1991, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen bis 1961; ab 1962 deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

17 Viktor Agartz: Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Ders.: Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982, S. 107.

18 Werner Abelshäuser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983, S. 53.

Aber auch die ihres Kuczynskischen Ursprungs entkleidete (und auf die Gewinnquote nur indirekt bezogene) Lohnquote ist eine unbequeme Kennziffer. Etwa die Hälfte der der Lohnquote gewidmeten Zeilen verwendet Gablers Lexikon darauf, zu erklären, dass Schlüsse aus dieser Kennziffer aufgrund der Struktur der ihr zugrunde liegenden statistischen Werte wenn überhaupt, dann nur mit äußerster Vorsicht gezogen werden könnten.

Der jährlich erscheinende Datenreport, ein gemeinsam vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn herausgegebener Band, der – fast gratis – die Statistiken »fürs Volk« aufgearbeitet enthält, kennt die Lohnquote natürlich nicht (und den Reallohn kaum).<sup>13</sup> Angaben, aus denen sich der Leser die Lohnquote berechnen könnte, findet er dagegen vor: Aber nicht etwa dort, wo man das vermuten würde – also etwa in den Abschnitten »Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit« oder »Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte«, sondern im Kapitel »Gesamtwirtschaft im Überblick«.<sup>14</sup>

Das Mauerblümchen-Dasein, das die Lohnquote in den gängigen statistischen Publikationen der Bundesrepublik fristet, wird verständlich, wenn man, von ihr ausgehend, einen Blick auf die Verteilungsgeschichte der Bundesrepublik wirft.

Danach ist die Lohnquote, definiert als Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit in Prozent des Volkseinkommens, berechnet auf Grundlage der Erwerbsstruktur von 1991,<sup>15</sup> zwischen 1950 und 1960 – also während des klassischen Jahrzehnts des Wirtschaftswunders – ungeachtet steigender Reallöhne<sup>16</sup> gefallen, und zwar insgesamt um 6,5 Prozentpunkte. Gefallen ist der Relativlohn in der Bundesrepublik von einem Ausgangsniveau (1950) aus, das keinesfalls als besonders günstig gelten konnte. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften lag die Lohnquote im Juni 1950 deutlich – um ein Viertel – unter dem Wert des Jahres 1936.<sup>17</sup> Der Ausgangspunkt hätte noch niedriger gelegen, wenn es nach dem Willen Ludwig Erhards gegangen wäre, der im Zusammenhang mit der Währungsreform vom Sommer 1948 zwar die meisten Preise freigegeben hatte, die Löhne jedoch eingefroren lassen wollte.<sup>18</sup> Ein Generalstreik im November 1948 – der einzige in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik – hatte Erhard jedoch gezwungen, seine Umverteilungspolitik zugunsten der potenziellen Investoren zu zügeln.<sup>19</sup> Viktor Agartz hatte sich Mitte der fünfziger Jahre als Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB bemüht, die Gewerkschaften angesichts des an Tempo gewinnenden »Wirtschaftswunders« zu seinem Konzept einer »dynamischen und expansiven Lohnpolitik« zu bekehren, mit der er eine Umkehrung des Trends der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik erreichen wollte.<sup>20</sup> Er scheiterte jedoch mit seinen Vorschlägen und wurde 1955 abgelöst.<sup>21</sup>

Erst in der ersten Hälfte der sechziger Jahre (bis 1966) gelang es den Lohnempfängern aufzuholen – wobei zwar nicht der anteilmäßige Besitzstand von 1950 wieder erreicht wurde, aber doch der von 1953. Dazu beigetragen hatte eine erhöhte Streikaktivität. Das Jahr 1963 wies – gemessen an den durch Streiks verlorenen Arbeitstagen – die zweithöchste Streikintensität seit der Gründung der

Bundesrepublik auf.<sup>22</sup> Aber sofort wurde die Bundesregierung – Kanzler war ab 1963 der langjährige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard – nicht müde, übermäßigen Lohnzuwachs zu beklagen und den werktätigen Massen »Gürtel enger schnallen!« als Tugend zu predigen. Was jene dem Kanzler, als er im Sommer 1966 im Wahlkampf durch Nordrhein-Westfalen tourte, mit Pfiffen und Buhrufen dankten.<sup>23</sup>

Dass die Lohnquote ab 1967 erneut zurückging, ist den Sozialdemokraten zuzuschreiben, die ab Ende 1966 auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik über den von ihnen für die Große Koalition gestellten Wirtschaftsminister Karl Schiller entscheidenden Einfluss erhielten. Zwei Jahre später, 1968, lag die Lohnquote wieder auf dem Niveau von 1959. Den in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erkämpften größeren Anteil am zu verteilenden volkswirtschaftlichen Kuchen hatten die Lohn- und Gehaltsempfänger erneut verloren. Schuld daran waren auch die Gewerkschaften, die als Teilnehmer von Schillers »Konzertierter Aktion« die Arbeiter und Angestellten zum lohnpolitischen Stillhalten im Interesse der Überwindung der Krise von 1967 überredet hatten. Das führte zu einem Vertrauensverlust in Teilen der Mitglieder- und Arbeiterschaft, die sich angesichts sprunghaft gestiegener Unternehmensgewinne im Frühherbst 1969 in so genannten wilden Streiks entlud. Allein die Stahl- und Eisenindustrie verzeichnete 230 000 Streiktage. Im Steinkohlenbergbau wurden 49 000 Ausfallschichten gezählt.<sup>24</sup> Bei der Übernahme der Regierung durch die Sozialliberale Koalition Ende 1969 sahen sich die Gewerkschaften veranlasst, »Leistungsgerechtigkeit« zu verlangen, um die »Unterprivilegierung der Arbeitnehmerschaft« aufzuheben. Auf wirtschaftlichem Gebiet wollten sie dieses Ziel erst ganz verwirklicht sehen, wenn die Verteilungsverhältnisse aus den Gründerjahren der Bundesrepublik wiederhergestellt sein würden.<sup>25</sup> Mitte der siebziger Jahre war tatsächlich das Relativlohnniveau der Arbeiter und Angestellten von 1950 endlich wieder erreicht bzw. leicht – um 0,9 Prozentpunkte – überschritten.

Erneut wurde von Seiten der die Interessen der Unternehmer vertretenden Politik der Teufel des wirtschaftlichen Niedergangs an die Wand gemalt, sollte den Forderungen der Gewerkschaften nachgegeben werden. Die Fronten trafen 1971 im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik aufeinander. Auf gezielte Streikaktionen bei Daimler-Benz, Audi und in anderen Großbetrieben antworteten die Arbeitgeber mit der Aussperrung von über 300 000 Arbeitern in 530 Betrieben. Nach 5 Mill. verlorenen Arbeitstagen und einer Produktionseinbuße in Höhe von 2 Mrd. DM sahen sich die Arbeitgeber gezwungen, die meisten Forderungen der Streikenden zu akzeptieren.<sup>26</sup> Aus der Sicht der neoliberalen Wirtschaftsgeschichtsschreibung der BRD ist die Periode der Aufbesserung nicht nur der Realsondern auch der Relativlöhne in der Zeit des deutlich forscheren Auftretens der Gewerkschaften so beschrieben: »Die Flut der öffentlichen Ausgaben und sozialen Ansprüche (...) schwoll mächtig an: Eine Lohnwelle jagte die andere. Die Lohnerhöhungen gingen in den siebziger Jahren weit über den Produktivitätszuwachs hinaus.« Die Überschrift zum Abschnitt 1970-1972 lautet dementsprechend: »Im Strudel der Maßlosigkeit.«<sup>27</sup>

19 Vgl. Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/Main 1975.

20 Viktor Agartz: Expansive Lohnpolitik, in: Ders.: Wirtschaft – Lohn – Gewerkschaft, a. a. O., S. 112-117.

21 Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 185.

22 Ebenda, S. 586.

23 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 620-621.

24 Michael Schneider, a. a. O., S. 350.

25 Ebenda, S. 341.

26 Ebenda, S. 350-351.

27 Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 212, 214.

28 Reimut Zohlnhöfer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung 1982-1998, Opladen 2001, S. 60-67.

29 Michael Schneider, a. a. O., S. 377.

30 Anteil der Arbeitnehmer-einkommen am Gesamteinkommen der Volkswirtschaft 1991-2005, in: IG Metall Herbstanalyse, Teil 1: Gesamtwirtschaftliche Wachstumsaussichten 2004/2005, zitiert nach: Neues Deutschland, 19. November 2004.

31 Harald Schumann: Wer nicht richtig rechnet, in: Der Tagesspiegel, 10. Oktober 2004.

Es bedurfte der – angeblich moralischen, tatsächlich aber wirtschafts- und sozialpolitischen – »Wende«, die 1982 Bundeskanzler Helmut Kohl einleitete, um der Erhöhung des Relativlohnes der Arbeiter und Angestellten ein Ende zu setzen, den Trend umzukehren in Richtung der Steigerung des Relativeinkommens der Unternehmer.<sup>28</sup> Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion legte im Juli 1983 »Vorschläge zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit« vor.

Unter dem sozial klingenden Titel verbarg sich ein direkter Angriff auf die in den siebziger Jahren zustande gekommenen und unter den Regierungen Helmut Schmidt (1974-1982) gewährten Verteilungsverhältnisse. Verbilligung der Arbeitskraft war nun die Devise, eine »begrenzte Unterschreitung« der Tariflöhne wurde empfohlen. Der Kündigungsschutz galt als Hindernis für Neueinstellungen.

Die Gewerkschaften haben Kohls »Wende« nicht tatenlos mit angesehen. Im Herbst 1982 wurden in Frankfurt und Nürnberg, Dortmund und Stuttgart, Hannover, Hamburg und Saarbrücken Kundgebungen organisiert, auf denen mehr als eine halbe Million Arbeitnehmer gegen die Politik der neuen Regierung protestierten.<sup>29</sup> Doch zu mehr konnte man sich nicht aufraffen, und das, was an Protest organisiert worden war, reichte offensichtlich nicht. Zwischen 1982 und 1990 ging die Lohnquote der Arbeiter und Angestellten erneut, und zwar um volle 8,0 Prozentpunkte, zurück. In fünf der ersten acht Regierungsjahre der Ära Kohl sank auch der Reallohn. In den zwei Jahrzehnten zuvor war er lediglich drei Mal (1960 und 1980/81) gefallen. 1991 waren die Verteilungsverhältnisse von 1960, d. h. die niedrigste Lohnquote in der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik, wieder hergestellt.

Danach ging es mit dem Relativlohn für einige Jahre aufwärts. Nachdem aber die offensichtlich in der Vereinigungseuphorie und durch den Einheitsboom etwas sorglos gewordene Regierung Kohl unter Finanzminister Theo Waigel die Zügel der Finanzpolitik wieder straffte, sank ab 1994 die Lohnquote und stieg entsprechend die Einkommensquote aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen erneut an. 1997 – das letzte Jahr, für das mir in einer »langen Reihe« unmittelbar vergleichbare Zahlen vorliegen – hatte sie sich bereits wieder bis auf 0,7 Prozentpunkte dem Wert von 1990, der auch der Wert von 1960 war, angenähert.

In den folgenden Jahren bis zur Gegenwart ist das für die Geschichte der alten Bundesrepublik feststellbare Relativlohnminimum von 1960 höchstwahrscheinlich unterschritten worden. Das ergibt sich aus Zahlenangaben aus verschiedenen Quellen, so aus im November 2004 veröffentlichten Berechnungen der IG Metall<sup>30</sup> und auch aus einem stark beachteten Beitrag von Harald Schumann, der – auf der Meinungsseite im *Tagesspiegel* – festgestellt hat, dass »die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zwischen 1990 und 2002 abzüglich der Inflation um satte 40 Prozent« stiegen. »Die Gewinne von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) legten sogar um 75 Prozent zu, Löhne und Gehälter lediglich um sieben Prozent. Nach Steuern und Abgaben sind die tatsächlich verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten heute um ein knappes Prozent geringer als vor 14 Jahren.«<sup>31</sup>

In einem der vielen Kommentare aus der offensichtlich zum ersten Mal seit langem über die wahren Verteilungsverhältnisse in der Bundesrepublik aufgeklärten *Tagesspiegel*-Leserschaft hieß es: »Es geht ihnen (Regierung und Unternehmern, J. R.) letztlich um eine andere Republik. Die Verteilungsgerechtigkeit ist als Ziel aufgegeben.«<sup>32</sup> Womit der zitierte Leser zweifellos recht hat und – sicherlich ohne diesen Zusammenhang zu kennen – uns die Wichtigkeit und Aktualität der von Jürgen Kuczynski entdeckten Kategorie des Relativlohnes vor Augen führt.

32 Der Tagesspiegel,  
17. Oktober 2004.

Ob StudentInnenproteste, Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV oder Opelstreik: Seit Herbst 2003 erlebt Deutschland immer neue Wellen sozialer Proteste. Der Dokumentarfilmer Martin Keßler und sein Team haben die verschiedenen Protestwellen mit ihrer Videokamera begleitet. Daraus entsteht zur Zeit der 90minütige Dokumentarfilm »neueWUT« ([www.neueWUT.de](http://www.neueWUT.de)).

Im Mittelpunkt des Films stehen Menschen, die von sozialen Kürzungen oder Lohneinbußen betroffen sind oder seit Jahren keine Arbeit mehr finden und sich wehren. Auf der Strasse und vor den Werkstoren. Die Dokfilmer haben einige von ihnen über ein Jahr lang begleitet. Um zu zeigen, warum sie aufbegehren, wohin sie ihre Wut treibt und ob aus all dem eine neue soziale Bewegung entsteht.

Mit einer Vorbestellung/Subskription unterstützen Sie die Fertigstellung des Dokumentarfilms und sichern sich den künftigen Film als DVD oder VHS zum Vorzugspreis inclus. MwSt. von 22,50 € (Studenten und Arbeitslose: 17,- €).  
Versandkosten: 3,50 € (1 bis 3 Stück).

Überweisen Sie Ihren Gesamtbetrag unter Angabe Ihres Namens und des Verwendungszwecks »neueWUT« auf das Konto: Kt.-Nr. 72 000 13675 / Frankfurter Volksbank  
BLZ 501 900 00 / Kontoinhaber: Martin Keßler

*Geben Sie dazu per Email an [subskription@neueWUT.de](mailto:subskription@neueWUT.de) Ihren Namen, Ihre Anschrift, die Bestellmenge und Ihr gewünschtes Filmformat (DVD oder VHS) an.*